



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/262 - 12. November 1955  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Unkämpftes Rentnermehrleistungsgesetz	S. 1
Um die finanzielle Höhe des westdeutschen Verteidigungs- Beitrages	S. 3
Schleswig-Holstein und die NATO-Strategie	S. 5
Triumph der Bürokratie	S. 6
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	S. 8

-----  
Enttäuscht die Rentner nicht !  
-----

FB. Wäre die FDP am Freitag im Bundestag nicht im letzten Moment zurückgeschreckt, hätte man schon heute fünf Millionen Rentnern ein frohes Ergebnis verkünden können. Man hätte ihnen sagen können: Ihr erhaltet noch vor Weihnachten, ob Ihr nun Invaliden-, Angestellten- oder Knappschaftsrentner seid, Vorschüsse auf die Gewährung weiterer Rentenmehrbeiträge für die Monate Dezember 1955 bis Mai 1956, die mindestens DM 20.--, höchstens DM 200.-- betragen werden. Noch froher aber wäre die Botschaft für 1,2 Millionen Waisenkinder gewesen, die gleichfalls in den Genuss dieser Rentenmehrbeiträge gekommen wären, nachdem sie bei den letzten Neufestsetzungen der Renten immer übergegangen worden waren, und schliesslich hätte sich über eine Million Rentner über einen Beschluss gefreut, der eine Nichtanrechnung der Zulage auf andere Sozialleistungen vorsieht. Während es bisher für diese eine Million Menschen immer nur formale Rentnererhöhungen gegeben hat, weil diese Erhöhungen von den Fürsorgeleistungen oder den Kriegsbeschädigtenrenten oder dem Lastenausgleich wieder abgezogen worden waren, wäre nach den Mehrheitsbeschlüssen die Rentnererhöhung für diese Menschen tatsächlich bares Geld.

Man kann alles das aber noch nicht verkünden, einfach, weil die FDP einem Vertagungsantrag der CDU zugestimmt hat, nachdem die SPD mit Hilfe von FDP, BHE und DP diese für Bonn geradezu sensationellen

sozialpolitischen Anliegen in der zweiten Lesung durchgebracht hatte.

Nun werden über sechs Millionen Menschen weiter hoffen müssen; hoffen, dass am kommenden Donnerstag in einer Sondersitzung des Bundestages diese von der SPD erkämpften Ergebnisse der zweiten Lesung erhalten bleiben. Kein Zweifel kann nämlich darüber bestehen, dass die CDU die Vertagung nur wünschte, um die empfindliche sozialpolitische Schlappe, die sie in "Kindergeld-Manieren" erhielt, wieder wettzumachen. Das aber würde bedeuten, dass den Rentnern in der dritten Lesung das wieder geraubt werden soll, was ihnen die SPD in der zweiten Lesung zusammen mit den anderen Parteien erkämpfte.

So wichtig es ist, diese Ergebnisse der zweiten Lesung über die Rentengesetze zunächst nur von der sozialpolitischen Seite zu betrachten, so sollte man auch nicht vergessen, dass der demokratische Parlamentarismus in dieser zweiten Lesung eine Schlacht gewonnen hat. SPD, FDP, BHE und DP, die insgesamt nicht die absolute Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion erreichen, haben dieser Partei bewiesen, dass ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen und Intransigenz noch lange nicht Konzeption ersetzen kann.

Die CDU/CSU glaubte schon im sozialpolitischen Ausschuss sich nur auf das Übergewicht ihrer Zahl verlassen zu können, als sie es rundweg ablehnte, über Änderungsanträge zu ihrem schlechten Gesetz auch nur diskutieren zu lassen. Die SPD ist hier im Interesse der Rentner fast bis zur Selbstaufgabe gegangen, ehe sie mit dem BHE und der DP gezwungen war, den Sitzungssaal zu verlassen.

Es hat jedoch der CDU nicht als Warnung genügt, die, von dem blutleeren "Sozialpolitiker" Horn falsch beraten, glaubte, diese Dampfwalzenmethode auch in Plenum fortsetzen zu können. Die Partei des Bundeskanzlers hat dabei auf sozialpolitischem Gebiet eine Schlappe erlebt, wie sie in den sechs Jahren des Bundestages einmalig ist.

Es bleibt zu hoffen, dass die CDU/CSU nun der törichten Machtproben genug sein lässt. Sie soll daran denken, dass das Gewicht der Zahl niemals auf die Dauer das Gewicht von Argumenten ersetzen kann, und sie soll daran denken, dass nach dieser zweiten Lesung Millionen von Menschen mit bangen Herzen hoffen, dass ihnen von einem schlechten Verlierer nicht das genommen wird, was ihnen die Sozialdemokraten mit Hilfe der anderen Parteien im Bundestag erkämpft haben.

12. 11. 1955

## Die NATO und der deutsche Verteidigungsbeitrag

b.v. Paris,

Schon jetzt wird im Rahmen der Nordatlantik-Pakt-Organisation, d.h. der NATO, über die Verteidigungsbeiträge der 15 Mitgliedstaaten debattiert. Noch vor Jahresende wird dasselbe Thema anlässlich der dann stattfindenden Minister-Besprechung behandelt werden. Zwar verfügen im Augenblick nur 13 Mitglieder über eigene Soldaten - Island hat keinen einzigen Krieger und die Bundesrepublik ist noch nicht gerüstet - aber die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages ist dennoch bereits höchst aktuell. Sie wurde es in erhöhtem Masse, als vor einigen Tagen in Bonn erklärt wurde, die deutsche Auffassung über die Verteidigungskosten werde von den zuständigen NATO-Gremien geteilt.

Die deutsche Auffassung ist von den zuständigen Bonner Stellen, besonders vom Finanzminister Schäffer, mehrfach dargelegt worden. Sie geht dahin, dass der Verteidigungsbeitrag jährlich neun Milliarden DM nicht überschreiten solle und werde. Zur Motivierung dieser Auffassung werden hauptsächlich zwei Gründe angeführt; der erste ist der, dass die Bundesregierung für den am weitesten nach Osten vorgeschobenen Posten westlicher Macht, nämlich für Berlin, erhebliche Lasten trägt; der zweite ist der, dass es keine Möglichkeit gäbe, mehr als die genannte Summe zu investieren. Anders ausgedrückt: Auf der einen Seite trägt die Bundesregierung indirekt NATO-Kosten für die Zonen-grenzgebiete, Berlin und den Grenzschutz, auf der anderen Seite aber seien die Produktionsmöglichkeiten im Rüstungssektor beschränkt, so dass, selbst wenn mehr Geld ausgegeben werden sollte, es dafür keine "Ware" gäbe.

In den Ausschuss-Beratungen, die bisher stattfanden - Sitz der NATO ist Paris - sind bisher die deutschen Darstellungen nicht abgelehnt worden. Es wäre jedoch übertrieben wollte man annehmen, damit hätte sich der deutsche Standpunkt bereits durchgesetzt. Vom Mai nächsten Jahres ab entfallen bekanntlich die Stationierungskosten für alliierte Truppen in der Bundesrepublik, und es scheint, dass etlicher NATO-Delegierten die so eingesparten 3,2 Milliarden DM als zusätzlicher deutscher Verteidigungsbeitrag sehr willkommen wären.

12. 11. 1955

Wenn man aus ihren Andeutungen Schlüsse ziehen darf, dann wohl vor allem die, dass sie sich, bevor die nächste Ministersitzung stattfindet, davon überzeugen wollen, ob tatsächlich keine "Investitionsmöglichkeit" besteht.

Zugegeben wird allgemein, dass die NATO über keinerlei direkte Zwangsmittel verfügt, um einen Mitgliedsstaat zu höheren Militärausgaben zu zwingen, als er selbst zugesteht. Andererseits stehen den grossen NATO-Mächten - besonders den USA, England und Frankreich - diplomatische Druckmittel zur Verfügung. Frankreich ist keinesfalls der einzige Mitgliedstaat, der ärgerlich auf die bundesdeutsche Zahlschaut; auch grösseren und kleineren Mitgliedern erscheint der deutsche Beitrag unzulänglich, wenn sie ihn mit ihren eigenen Ausgaben vergleichen (wobei es allerdings eine einzige Ausnahme gibt).

Psychologisch mag es durchaus begreiflich erscheinen, dass die Staaten, die, wie Grossbritannien, neue Steuern einführen, um Produktion und Nachfrage in Einklang zu bringen, den Beitrag der "Republik des Wirtschaftswunders" als zu gering betrachten. Es lässt sich aber nicht leugnen, dass es die Westmächte waren, die auf die Aufstellung deutscher Verbände drängten, und die, als die EWG begraben war, den Westeuropa-Vertrag, der ursprünglich einen Schutz gegen deutsche Aggression darstellen sollte, umbügelten, um die Aufstellung deutscher Truppen zu ermöglichen. Soweit man in solchen Situationen das Wort Moral benutzen darf, kann daher behauptet werden, die NATO habe kein moralisches Recht, von der Bundesrepublik mehr zu verlangen als diese zugestehen will. Weit mehr als die Frage, ob höhere Beträge überhaupt investiert werden könnten, ist dies das Dilemma, vor dem die NATO steht. Und es ist dieses Dilemma, dass die Delegierten bei den Ausschuss-Sitzungen bisher veranlasste, der deutschen Auffassung nur sanft zu widersprechen.

Damit aber sind die Würfel noch nicht gefallen. Denn die wirkliche Auseinandersetzung steht noch bevor, nämlich dann, wenn statt der Ausschüsse die Minister selbst verhandeln werden. Wenn dann die Ziffer anerkannt wird, die auf deutscher Seite als Gesamtsumme genannt wird, d.h. einschliesslich der Lasten, die zur indirekten Verteidigung von Bonn getragen werden - Berlin, Grenzschutz usw - nämlich 11,4 Milliarden DM, kann die Auseinandersetzung als vorläufig beendet angesehen werden. Bis zu der noch vor Jahreschluss stattfindenden Ministerberatung jedoch kann man nur hoffen, dass die deutschen Argumente akzeptiert werden.

12.11.1955

Die Kommandogewalt übt Oslo aus

R. A. Kiel

In der ersten Novemberwoche haben in Kopenhagen und Oslo militärstrategische NATO-Besprechungen stattgefunden, wobei es um künftige westdeutsche NATO-Einheiten ging. Wie aus den geheimen Besprechungen tropfenweise bekannt wird, ist endgültig entschieden worden: Zwei vollmotorisierte Infanteriedivisionen und 14 Marinengeschwader werden im Bundesland Schleswig-Holstein stationiert und dem Hauptquartier der NATO-Region Nord in Oslo unterstellt.

Das Bundesverteidigungsministerium ist vom NATO-Hauptquartier in Paris über die Herauslösung der in Schleswig-Holstein zu stationierenden westdeutschen NATO-Verbände aus der Region Mitte unterrichtet worden. Alle anderen westdeutschen Einheiten werden auch künftig dem Hauptquartier Region Nord in Paris unterstehen.

An den Besprechungen nahmen der bisherige Chef der NATO-Region Nord, der britische General Sir R. Masergh, der Chef der NATO-Region Mitte, General M. Carpentier sowie die Chefs des Heeres und der Marine von Norwegen und Dänemark teil. Dabei standen die Verteidigungsfähigkeit der skandinavischen Südfanke Schleswig-Holstein und die Nachschubmöglichkeiten in diesem Bereich im Mittelpunkt der Erörterungen.

Die Skandinavier wiesen dabei - wie es seit Anfang ihrer NATO-Zugehörigkeit geschieht - erneut auf drei strategische Merkmale hin:

1. Schleswig-Holstein ist im Falle eines Angriffes von Osten aus dem Raum Mecklenburg auf die begehrten Ziele Nord-Ostsee-Kanal und Hamburg nicht zu halten. Mit dem Durchstossen dieser nur 80 Kilometer langen Strecke entlang der Untereibe wird der ganze NATO-Verteidigungsbereich Europas in zwei Teile zerrissen. Die skandinavischen NATO-Mitglieder (Dänemark, Norwegen, Island) halten es deshalb für erforderlich, in Schleswig-Holstein starke westdeutsche NATO-Streitkräfte zum Schutz Süddänemarks zu stationieren.
2. Zur Gesamtverteidigung der "Insel Nordeuropa" muss Westdeutschland zwei sehr bewegliche vollmotorisierte Infanteriedivisionen und 14 schnelle Marinengeschwader beitragen und einwilligen, diese

12.11.1955

Kräfte der NATO-Kommando Nord zu unterstellen. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Beteiligung Dänemarks und Norwegens an der NATO möglich. Beide Staaten traten damals im Hinblick auf derartigen Schutz vom Süden her erst der NATO bei.

3. Die in Schleswig-Holstein stationierten Truppen lassen sich im Ernstfall vom Süden über die Elbe hinweg nicht versorgen. Auch an der Schleswig-Holsteinischen Nordseeküste zwischen Hamburg und Ejberg gibt es wegen der Gezeiten und des flachen Wattenmeeres ebenfalls keine Nachschubhäfen. Aus diesen Gründen sollten die in Schleswig-Holstein stationierten NATO-Truppen ebenfalls der NATO-Region Nord unterstehen und alle Versorgungs- und Verpflegungsangelegenheiten sollten dort behandelt werden.

Diesen Gesichtspunkten wurde von den NATO-Befehlshabern nunmehr endgültig entsprochen. Das Bereichskommando in Kiel für zwei westdeutsche Divisionen und der westdeutsche Befehlshaber für die Ostseestreitkräfte in Flensburg werden künftig von Oslo aus kommandiert werden. Die Skandinavier erhalten ihre starke Südflanke und können die dänischen und norwegischen Truppenkontingente aus Schleswig-Holstein zurückziehen. Sie können vom Russen auch nicht mehr als "aggressive Mächte in der Nähe der Zonengrenze" beschuldigt werden. Bundesverteidigungsminister Blank brauchte von diesem NATO-Beschluss nur unterrichtet zu werden. Auf Grund der NATO-Statuten hat er keinen Einspruch gegen die Herauslösung Schleswig-Holsteins aus der NATO-Region Mitte.

+ + +

#### Bürokratischer Leerlauf

Wir lesen in der Mainzer "Freiheit":

In diesen Tagen werden in den Städten und Gemeinden die ersten Mietbeihilfen an Kinderbemittelte ausgezahlt. Sie wurden durch die kürzlichen Mieterhöhungen notwendig. Statt allgemein die Sozialrenten und die Fürsorgesätze entsprechend zu erhöhen, hat man sich in Bonn ein System ausgedacht, das unsere verbürokratisierte Sozialordnung zusätzlich kompliziert. So werden in Frankfurt etwa 2 000 Anträge auf Mietbeihilfen erwartet. Da sie im Durchschnitt nur etwa 5,- DM

12.11.1955

ausmachen, entsteht ein Sachaufwand von monatlich 10 000,-- DM.

Um jedoch die eingehenden Anträge zu bearbeiten, die viertel-  
jährlichen Zahlungen zu veranlassen und die laufenden Überprüfungen  
der Einkommensverhältnisse der Antragsteller vorzunehmen, sind zehn  
Sachbearbeiter notwendig, die einen monatlichen Personalaufwand von  
5000,-- DM ausmachen. Also 10 000,-- DM für die soziale Not und 5000,--  
DM für die Bürokratie - das sind die Folgen der von der CDU geprie-  
senen "gezielten" Sozialhilfe. In Bonn macht man skandalöse Gesetze  
und die Gemeinden müssen den dafür notwendigen Personalaufwand tragen.

Während diese Auswirkungen der ersten Mietbeihilfen auf der kom-  
munalen Ebene bekannt werden, ist die CDU in Bonn dabei, dieses un-  
sinnige System der Mietbeihilfen noch auszuweiten. Da künftig im Woh-  
nungstau allgemein eine Kostenmiete erhoben werden soll, die selbst  
von den breiten arbeitenden Schichten nicht getragen werden kann, sol-  
len die Mietbeihilfen künftig allgemein nach einem festen Verhältnis  
von Miete, Einkommen und Familienkopffzahl gezahlt werden. Durch die-  
sen Schildbürgerstreich der CDU-Sozialpolitiker werden weite Teile  
des Volkes zu Fürsorgeempfängern, die sich eine ständige Kontrolle  
ihrer Einkommensverhältnisse gefallen lassen sollen. Es triumphiert  
die Bürokratie, der von der CDU in Form der Mietbeihilfen ein neuer  
fetter Brocken hingeworfen wurde.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau

Der Verhärtung nicht Vorschub leisten

Kommuniqué des Parteivorstandes

Der Parteivorstand und der Vorstand der Bundestagsfraktion der SPD befasste sich am Freitag in einer gemeinsamen Sitzung mit den Berichten, die der Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer und das Vorstandsmitglied Herbert Wehner über ihre Gespräche und Beobachtungen in Genf gehabt haben.

Man war sich in den beiden Führungskörperschaften darüber einig, dass von Seiten der Bundesrepublik nichts geschehen dürfe, was in der Wirkung darauf hinauslaufen könnte, einer Verhärtung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Deutschlandfrage Vorschub zu leisten. Jede Chance für weitere Verhandlungen der vier Mächte über die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in Verbindung mit einem System der europäischen Sicherheit müsse auch in Zukunft genutzt werden.

Dabei bleibe die Frage nach der Klärung des militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands in einem von beiden Seiten getragenen Sicherheitssystem nach sozialdemokratischer Auffassung von entscheidender Bedeutung. Nichts sei in der gegenwärtigen Lage gefährlicher als Bereitschaft zum Resignieren und eine Art Defaitismus in der Wiedervereinigungsfrage, wie er leider in manchen Äusserungen auch auf westdeutscher Seite sichtbar werde. Der Vorstand wird sich nach dem Ende der Konferenz von Genf abschliessend mit ihren Ergebnissen am 29. November befassen.

Am Sonnabendvormittag berichtete der Vorsitzende der DSP, der Deutschen Sozialdemokraten an der Saar, über die Situation nach der Abstimmung über das Statut vom 23. Oktober. Der Vorstand der SPD stellte einmütig fest, dass die Partei jeden Versuch ablehnen werde, den Wahltermin für die Landtagswahlen zu verschieben. Eine solche Absicht müsste als glatte Missachtung des Willens der Saarbevölkerung, wie er am 23. Oktober zum Ausdruck gekommen ist, angesehen werden. Die französische und die Regierung der Bundesrepublik müssten nachdrücklich gewarnt werden, einer solchen Verschiebung Vorschub zu leisten. Ausserdem wurde es als unmöglich bezeichnet, dass irgendwelche Verhandlungen über den künftigen Status an der Saar geführt werden, ehe sich eine aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung im Saargebiet gebildet hat.

12. 11. 1955

Anhang Seite - 2 -

Der stellvertretende Vorsitzende Wilhelm Mellies berichtete über die Massnahmen der Bundesregierung hinsichtlich der Aufstellung von Streitkräften. Nachdrücklich wandte sich der Parteivorstand gegen übereilte Massnahmen auf diesem Gebiet, die für die künftige Entwicklung nur verhängnisvoll sein könnten. Wenn an die Übernahme von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes gedacht sei, dann müssten dafür dieselben Bestimmungen wie bei der Überprüfung durch den Personalgutachterausschuss und den von diesem Ausschuss erlassenen Richtlinien gelten.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verurteilte auf das schärfste alle Versuche zur Spaltung der Gewerkschaften und bekannte sich erneut uneingeschränkt zur Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Angesichts der innerpolitischen Gefahren, die sich aus der angestrebten Zerstörung der Einheitsgewerkschaften ergeben, bedauert die SPD die Begünstigung der Spalter durch katholische Standesorganisationen und CDU-Abgeordnete.

Gleichzeitig spricht die Sozialdemokratie den an Rhein und Ruhr in schweren Lohakämpfen stehenden 260 000 Arbeitern und Angestellten der stahl- und eisenschaffenden Industrie ihre volle Sympathie aus. Sie teilt mit den Arbeitern und Angestellten die Enttäuschung über das völlige Scheitern der von Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard gegebenen Versprechungen, eine spürbare Senkung der Preise herbeizuführen.

Die Sozialdemokratie verspricht allen Arbeitern und Angestellten jede nur mögliche Unterstützung, falls durch die Unnachgiebigkeit der Unternehmer der Streik unvermeidlich werden sollte.

+ + +